

# **Schweiz: Kirchenglocken und Hochzeitstorte als Ja zur Ehe-Öffnung**

## **Politikerinnen und Politiker aus fünf Parteien treten vor der Abstimmung zusammen auf.**

«Die grosse Mehrheit der Parteien im Kanton Aargau sagt: <Ja, ich will!>.» Das ist die Botschaft einer gemeinsamen Aktion von neun Politikerinnen und Politikern aus FDP, Die Mitte, GLP, SP, Grünen und deren Jungparteien, die am Samstag vor der reformierten Kirche in Baden stattfand. Sie haben sich zusammengeschlossen, um für ein Ja zur «Ehe für alle» bei der Abstimmung vom 26. September einzustehen.

Mit Hochzeitsglocken wurde die Aktion eröffnet, der reformierte Pfarrer hiess die Anwesenden willkommen. In seiner Rede sprach er über Diskriminierung und den Wandel auch innerhalb der Kirche. «Dazu braucht es Menschen, die Farbe bekennen und hinstehen. Für oder gegen etwas, und so einen Schritt nach vorne machen.»

Die Schweiz sei bereit für die «Ehe für alle», sagt GLP-Präsident Philippe Kühni. Michelle Kraljevic (junge GLP) wirft den Blick über die Schweizer Grenze hinaus und stellt fest: «Europaweit gehört die <Ehe für alle> schon längst zum Standard. Wollen wir uns als liberaler und fortschrittlicher Rechtsstaat betiteln, muss auch die Schweiz Verantwortung übernehmen und dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung tragen.»

## **«Ehe für alle» als Schutz für Kinder und Familien**

Auch die Situation der Kinder und Familien wurde thematisiert. SP-Politikerin Mia Jenni unterstrich: «Die <Ehe für alle> ist mehr als gemeinsames Vor-den-Altar-treten-Können, sie ist Schutz für Kinder und damit auch Schutz von Familien. Sie ist eine längst nötige Annäherung an den demokratischen Grundsatz gleiche Rechte für alle.»

Benjamin Guerne-Kieferndorf (Juso) fügte hinzu, dass Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren aktuell ab Geburt nur einen rechtlich anerkannten Elternteil haben. «Um den zweiten Elternteil auch anerkennen zu lassen, muss das Paar einen langwierigen, bürokratischen Prozess durchmachen, der bis zu drei Jahren dauern kann. Stirbt der anerkannte Elternteil in diesen drei Jahren, wird das Kind rechtlich gesehen zu einem Waisenkind», hielt er fest.

«Wir erfüllen ein Grundrecht aus unserer Verfassung, wenn wir Ja sagen zur <Ehe für alle>», sagte Sabina Freiermuth, Grossrätin und FDP-Präsidentin. Sie fügte hinzu: «Gleichbehandlung und Akzeptanz bedingen einander, das eine geht nicht ohne das andere.» Martin Mennet, Präsident der Jungfreisinnigen, ergänzt, dass die «Ehe für alle» die Akzeptanz gegenüber homosexuellen Paaren fördere. Dies sei wichtig, «denn auch heute noch können homosexuelle Paare nicht unbehelligt einfach Händchen haltend durch die Strassen laufen».

## **Zivilstand soll nichts über sexuelle Orientierung sagen**

Grünen-Grossrätin Ruth Müri schliesst sich an: «Es ist höchste Zeit, dass das Heiraten in unserer vielfältigen, bunten Gesellschaft für alle Geschlechter möglich ist. Der Zivilstand verheiratet ist ein offizielles Statement, dass zwei Menschen in fester Partnerschaft leben, dass sie gegenseitig Verantwortung füreinander übernehmen und sich auch gegenseitig absichern möchten.» Der Zivilstand dürfe aber keinen Aufschluss über die sexuelle Orientierung eines Menschen geben. Für Mechthild Mus (Junge Grüne) ist vor der Abstimmung klar: «Wir haben am 26. September die Chance,

mit einem klaren Ja einen historischen Schritt für Toleranz und Gleichberechtigung zu gehen.» Jacqueline Wick, die Präsidentin der Jungen Mitte Aargau, betont, dass mit der «Ehe für alle» niemandem etwas weggenommen werde. «Es ist genug <Ehe für alle> da. Wagen wir jetzt den Schritt, dem modernen Wandel der Ehe Rechnung zu tragen, Diskriminierung zu beseitigen und alle Paare gleichzustellen! Sagen wir am 26. September Ja zur <Ehe für alle>.» Nach ihren Statements zur «Ehe für alle» schnitten die Politikerinnen und Politiker gemeinsam eine Hochzeitstorte an und verteilten diese.

Aargauer Zeitung / 6.9.2021